

BIG Business Crime

Neue Härte gegen Steuerbetrüger?

Zum „Aktionsplan gegen Steuer- und Finanzkriminalität“

von Joachim Maiworm

Wie viele Milliarden Euro der Staat jedes Jahr durch Steuerhinterziehung verliert, ist offiziell nicht bekannt. Die gängige Schätzung liegt bei mindestens 100 Milliarden, eine kaum fassbare aber zugleich leicht zu merkende Kennziffer. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit geht in seinem aktuellen Jahrbuch davon aus, dass rund zwei Drittel des Schadens durch viele kleinere Delikte entstehen, etwa ein Drittel dagegen auf wenige große Fälle schwerer Steuerhinterziehung und organisierter Kriminalität zurückgeht (z.B. Umsatzsteuerkarusselle, anonyme Offshore-Vermögen, Finanzmarktkriminalität wie Cum-Ex).

Gleichzeitig stellt die Bürgerbewegung Finanzwende Anfang September 2026 in einem Report fest, dass das deutsche Rechtssystem von „systemischen Ungleichheiten“ geprägt sei. Behörden und Justiz gehen demnach härter gegen einkommensschwache Personen vor, die sogenannte Armutsdelikte begehen, als gegen finanziell meist gut gestellte Wirtschaftskriminelle. Sowohl auf gesetzlicher Ebene als auch in der Rechtspraxis zeige sich eine grundsätzlich mildere Behandlung von Wirtschaftskriminellen im Vergleich zu „Sozialbetrügern“.*

Wird jetzt aber alles anders, endet die Ungleichbehandlung, geht es jetzt auch den großen Steuerkriminellen an den Kragen? Zumindest verkündete Finanzwende in einem Newsletter von Ende August stolz, dass Forderungen, für die man lange gekämpft habe, nun Eingang in politische Vorhaben

und Gesetze fänden. Die Süddeutsche Zeitung hatte am 17. Juli einen Kommentar zum sogenannten Aktionsplan gegen Steuer- und Finanzkriminalität, der am Tag zuvor von Finanzminister Klingbeil und Justizministerin Hubig vorgestellt worden war, mit den Worten betitelt: „Gut, dass Klingbeil abgeschrieben hat“. Denn der Minister hatte offenbar Vertreter:innen von Finanzwende und dem Netzwerk Steuergerechtigkeit Tage zuvor ins Ministerium eingeladen und Forderungen aus dem Treffen eins zu eins in den Aktionsplan einfließen lassen. Ist aber das ausdrückliche Lob der NGO für die beiden sozialdemokratisch geführten Ministerien gerechtfertigt?

Nach Aussage von Klingbeil und Hubig soll auf Basis ihres gemeinsamen Aktionsplans die Verfolgung von Steuer- und Finanzkriminalität in Deutschland grundlegend neu aufgestellt werden. Insgesamt sind 26 Maßnahmen vorgesehen, um die konsequentere Verfolgung und Bestrafung von Steuer- und Finanzkriminalität sicherzustellen. Vorgesehen sind unter anderem:

- Ein beim Zoll anzusiedelndes „Gemeinsames Zentrum gegen Steuer- und Finanzkriminalität“, um Ermittlung und Verfolgung von Geldwäsche und Steuerkriminalität durch Länder und Bund besser koordinieren zu können.
- Die Erleichterung der Beschlagnahmung von Vermögen verdächtiger Herkunft (Vermögensabschöpfung) durch Ausweitung der Befugnisse des Zolls, der schon in diesem Jahr um 1.500 Stellen aufgestockt werden soll.

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die AfD gewinnt ihre wachsende Wählerschaft unter anderem dadurch, dass sie soziale und ökonomische Konflikte in kulturelle und ethnische verwandelt. Das hat den Vorteil, auf diskriminierbare Minderheiten, „woke“ Medien und „globalistische“ Eliten ablenken zu können, statt sich mit den wirklich Reichen und Mächtigen im Land anzulegen.

Wie sieht das am Beispiel der Wirtschaftskriminalität aus? Wenn man dazu der Einfachheit halber einmal eine KI befragt, erhält man beispielsweise folgende Antwort:

„Die Alternative für Deutschland thematisiert Wirtschaftskriminalität in ihren Programmen und parlamentarischen Initiativen primär unter den Gesichtspunkten der Inneren Sicherheit, des bandenmäßigen Betrugs und der organisierten Kriminalität. Das Thema wird von der Partei meist mit den Schwerpunkten Zuwanderung, Clan-Kriminalität und der Kritik an staatlichen Institutionen verknüpft.“

Dementsprechend fordert die Partei „eine stärkere Bekämpfung von Geldwäsche und kriminellen Clan-Strukturen, die legale Unternehmen (z. B. Shisha-Bars, Wettbüros oder Immobilien) zur Verschleierung illegaler Gewinne nutzen.“ Banken und Konzerne bleiben bei dieser Betrachtungsweise zumindest erstmal außen vor.

Es geht weiter: „Bekämpfung von Sozial- und Steuerbetrug: Die AfD fordert härtere Strafen und Kontrollen bei der unberechtigten Erlangung von Sozialleistungen (wie Bürgergeld oder früher Corona-Hilfen) sowie bei Steuerhinterziehung. Dabei legt sie einen Fokus auf Delikte, die im Zusammenhang mit Zuwanderung oder grenzüberschreitender Kriminalität stehen, wie etwa Finanzströme bei Schleuserkriminalität.“

Auch bei der Wirtschaftskriminalität fokussiert die AfD also auf ihr Lieblingsthema Migration. Maßnahmen, die die Kapitalverwertung behelligen könnten, weist sie dagegen vehement zurück:

„Initiativen zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, die mit erhöhten Compliance- oder Dokumentationspflichten für die Wirtschaft einhergehen (wie das EU-Lieferkettengesetz), lehnt die AfD als Belastung für den Mittelstand ab.“

Mit „Mittelstand“ sind selbstverständlich immer alle, auch die Großunternehmen gemeint.

Mit den besten Grüßen

Redaktion BIG Business Crime

- Die Einführung des Verbrechenstatbestandes für schwere Steuerstraftaten (Mindeststrafe ein Jahr Freiheitsstrafe; eine Verfahrenseinstellung gegen Geldbußen soll nicht mehr möglich sein, bei Zulassung der Hauptverhandlung muss in einem öffentlichen Gerichtsverfahren verhandelt werden).
- Die Verlängerung der Aufbewahrungsfrist für Belege und Unterlagen auf 15 Jahre.
- Die Abschaffung der Straffreiheit bei Selbstanzeige, da sie falsche Anreize schaffe, sich erst zu offenbaren, wenn die Entdeckung der Straftat befürchtet werde.

Vonseiten des Vereins Finanzwende wurde neben der „ganzen Bandbreite an sinnvollen Maßnahmen“ besonders die beabsichtigte Schaffung einer bereits vielfach geforderten zentralen Stelle auf Bundesebene (beim Zoll) gelobt, die unter Einbindung von Polizei und Steuerfahndung operieren soll. Diese Bundesstelle, so Finanzwende in einer Pressemitteilung von Mitte Juli, könnte im Kampf gegen organisierte Finanzkriminalität „den entscheidende Unterschied machen“. Nach Auffassung von Anne Brorhilker, Ex-Staatsanwältin und heutige Vorständin von Finanzwende, lässt die Vielzahl an geplanten Maßnahmen vermuten, dass die Bundesregierung den Kampf gegen Steuerkriminalität endlich ernst nimmt. Allerdings müsse zeitnah die konkrete gesetzliche Umsetzung des Plans folgen.

Ein Hinweis, den auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft aufnimmt. In einer Pressemeldung heißt es: „Ein guter Plan in der Schublade fängt keinen einzigen Betrüger

– es zählt, wie schnell er auf der Straße ankommt.“ Davon ist bislang jedoch nichts zu spüren. So zeigte sich die Finanzpolitikerin der Grünen Katharina Beck zunächst fast euphorisch, als sie anerkennend feststellte, Klingbeil und Hubig sei mit ihrem Aktionsplan ein „großer Wurf“ gelungen. Die Ernüchterung folgte allerdings auf dem Fuß. Der Kabinettsbeschluss zum Zollfinanzgerechtigkeitsgesetz (ZfG) vom August 2026, ein erster konkreter Gesetzentwurf, hält ihrer Meinung nach nicht, was der Aktionsplan vollmundig versprochen hatte. In einem Beitrag für die Tagesschau vom 10. August kritisierte die Oppositionspolitikerin Beck, dass sich das ZfG am Ende nur gegen „die kleineren und mittleren Fische“ richte, „der ganze Bereich der riesigen Steuerhinterziehung im mehrstelligen Milliardenbereich“ aber fehle.

Assistiert wird die Bundestagabgeordnete der Grünen von Anne Brorhilker. In einem weiteren Interview mit der Tagesschau vom gleichen Tag äußert auch sie sich sehr skeptisch zu dem Gesetzentwurf und bezieht sich auf denselben Problempunkt. Dessen Grundidee – die Beweislastumkehr, nach der Betroffene nachweisen müssen, dass Vermögensgegenstände wie Luxusobjekte mit legalen Mitteln erworben wurden – würde wohl nach dem ZfG nur auf die kleinen Fälle zutreffen. Nämlich auf die Täter, die sich aufgrund ihrer Lebensweise Luxusgegenstände kaum leisten könnten und sich damit verdächtig machten. Für die Bekämpfung des ganz großen Steuerbetrugs habe das Gesetz leider keine Lösung parat.

Deshalb, bleibt zu ergänzen, muss auch die im Aktionsplan angekündigte perso-

nelle Aufstockung der Zollbehörde kritisch befragt werden. Denn kümmert sich das Personal um den falschen Täterkreis, verpufft die Ankündigung, auch die internationale Geldwäsche effektiv bekämpfen zu wollen, sehr schnell.

Die Behörden sind in Deutschland für komplexe Fälle von Wirtschaftskriminalität nach wie vor schlecht gerüstet, bei Bagatel- und Armutsdelikten schlägt der Staat dagegen konsequent zu. In der Pressekonferenz zur Vorstellung des Aktionsplans am 16. Juli stellte SPD-Minister Klingbeil denn auch klar: Die Regierungskoalition habe von Tag eins an deutlich gemacht, dass sie gegen diejenigen vorgehen wolle, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern und den Staat betrügen wollten. Beim Bürgergeld habe die Regierung das bereits gezeigt. Sie sei dabei, ein großes Paket gegen den Sozialleistungsmissbrauch auf den Weg zu bringen. Nun wolle sie sich auch um Steuer- und Finanzkriminalität kümmern. Die Priorität wurde deutlich: Der Kampf gegen Armutskriminalität ist in vollem Gange, ob es zur Umsetzung der Maßnahmen des „Aktionsplans“, der offenbar die Verfolgung der international vernetzten kriminellen Geldelite weitgehend auspart, tatsächlich kommt, bleibt dagegen mehr als unsicher.

* Vgl. Finanzwende Recherche: „Gleichheit vor dem Gesetz: Wird Steuerhinterziehung so konsequent verfolgt wie Sozialleistungsbetrug?“, September 2026; vgl. auch: Joachim Maiworm: „Systematische Ungerechtigkeit – Steuerhinterziehung und ‚Sozialbetrug‘ im Vergleich“, BIG Business Crime, 19. Juli 2022 (online auf www.businesscrime.de)



Foto: commons.org

Die Summe aller Dinge

Ein Wirtschaftskrimi vom Feinsten

von Herbert Storn

Die Handlung

Ein Trio aus drei ungleichen Freunden entwickelt ein höchst lukratives Konzept für Cum-Ex-Geschäfte und verdient bestens, bis sich eines Tages einer der Freunde umbringt, der andere ermordet wird und der dritte verschwindet. Die Frau des Selbstmörders ist Polizeikommissarin, in die Geschäfte nicht eingeweiht und deshalb außer sich, zumal sie sich auch um ihre verschwundene Tochter ängstigt. Die 470 spannenden Seiten erzählen von der beständigen Suche nach den Gründen und dem Urheber des Selbstmordes ihres Mannes. Unaufdringlich wird nach und nach die Geschichte von Cum-Ex eingeflochten. Dabei wird das ganze System von Machenschaften, Widersprüchen, Intransparenz und Bereaubung des Staates bei gleichzeitiger Beteiligung öffentlich-rechtlicher Organe sichtbar.

Um meine kleine Kritik vorwegzunehmen: Für eilige Leser:innen sind die fast 500 Seiten des Buches von Oliver Bottini schon ein großer Brocken. Und die Handlung wechselt beständig die Personen, die Sichtweisen und die Zeit. Das erschwert den Überblick insbesondere bei häufigen Unterbrechungen der Lektüre.

In der Hauptsache

Bottini gelingt hier ein sehr einfühlsamer Blick in eine Welt, die tunlichst Wert darauf legt, nicht wahrgenommen zu werden. Weil sich aber auch die mediale Berichterstattung bei Cum-Ex oder Cum-Cum-Geschäften wegen der Komplexität schwertut, hat es auch von dieser Seite nicht die Aufklärung gegeben, die schon angesichts der Schadenshöhe notwendig gewesen wäre.

Deshalb kann die gesellschaftliche Be-

deutung eines (Kriminal-)Romans, der die Komplexität in einer äußerst spannenden Handlung einfängt, nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Vielschichtigkeit

Es ist insbesondere die Vielschichtigkeit dieser Art von Wirtschaftskriminalität, die im Roman zum Miterleben erweckt wird. Das beginnt bei der scheinbar banalen Frage: „Wie kann eine Aktie gleichzeitig zwei Eigentümer haben?“

Diese Frage stellt derjenige der drei Freunde, der als einziger Skrupel gegenüber derartigen illegalen Geschäften hat, als die anderen beiden ihn über seine Aufgabe innerhalb des von ihnen geplanten Firmengeflechts aufklären. Er soll nämlich die informationstechnologische Abwicklung dieses Netzwerks rund um den jeweiligen Dividendenstichtag übernehmen.

Und weil ihn einerseits die Aussicht lockt, sein bisher tristes Leben als Sohn eines syrischen Flüchtlings gegen ein Leben in Luxus zu tauschen, er andererseits dafür aber nicht seine moralischen Grundsätze verraten will, müssen seine beiden Freunde immer wieder „Überzeugungsarbeit“ leisten.

Dabei werden alle gängigen Rechtfertigungen für einen ganz offensichtlich rechtswidrigen Coup geliefert, die für die Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte immer wieder bemüht wurden: Es gibt eben „wirtschaftliche“ und „zivilrechtliche Eigentümer“. Würde denn das Finanzamt eine Steuer auszahlen, die gar nicht bezahlt wurde, wenn es nicht legal wäre? Würden es denn so viele machen, wenn es illegal wäre? Es ist eben „ein Fehler im System“, „wir nennen es Gesetzeslücke, klingt schöner als Fehler“.

Und was ist, wenn die Lücke geschlossen wird?

„Sie wird nicht wirklich geschlossen. Dafür haben wir gesorgt ... Unsere Leute beim Bankenverband, bei den Finanzbehörden und so weiter. Wir eben.“

So wird im Roman immer wieder in den Dialogen ganz nebenbei das System erklärt. Ein System voller Widersprüche. Als die Staatsanwaltschaft später versucht, denjenigen der drei Freunde, der immer wieder Skrupel geäußert hatte, als Kronzeugen zu gewinnen, wird ihm seine Naivität zugute gehalten: *„Seine Partner hätten ihm gesagt, die Geschäfte seien legal und basierten lediglich auf Gesetzeslücken, selbst Landesbanken hätten sie getätigt. In Hamburg, Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, anderswo... Und diese Lesart habe sich in seiner täglichen Arbeit jahrelang bestätigt.“*

Aber weil er seine Freunde nicht verraten will und keinen Ausweg sieht, wählt er den Selbstmord.

Die Verschleiерungsmethoden mit immer neuen (Schein-)Firmengründungen und Firmenaufösungen, sobald sich die Rechtslage verändert, beeinträchtigen für die Leserin, den Leser den Überblick, wie sie das auch für die staatlichen Aufsichtsbehörden regelmäßig tun:

„Ab dem 1. Januar 2012 griff das neue Jahressteuergesetz der Bundesregierung, Cum-Ex war in der ursprünglichen Form nicht mehr möglich. Sie wickelten Vanguardis ab, gründeten Oreion Delta Investment und dealten mit Cum-Cum, ... 2016 gab es eine entsprechende Gesetzesreform. Oreion wurde liquidiert, Solvaneer Advisors ins Leben gerufen.“

Tarnung, Tarnung, Tarnung

„Wenn man durch Gesetzeslücken schlüpft, bringt das gewisse Erfordernisse mit sich. Denn, auch wenn der Staat die Lücken eigenhändig geschaffen hat, sollte man alles dafür tun, ihn nicht aus Versehen darauf zu stoßen. Also braucht es besondere Strukturen. ... Tarnung, Tarnung, Tarnung ... Hoch über der Stadt erfinden sie Firmennamen, besorgen Wohnsitzbestätigungen, Bankreferenzen und andere Dokumente...“

Die vornehmen kriminellen Banker ziehen sich durch den gesamten Roman. Immer wieder kommen sie ins Bild. Als das Blatt sich wendet, der eine Freund sich umgebracht hat und die beiden anderen unter Morddrohungen stehen, fragen sie sich, wer so viel Angst vor ihnen habe, „dass er ihren Tod will. Hunderte respektable Mitglieder der Finanzbranche würden stürzen, falls er ein Geständnis ablegt, ihr Leben und das ihrer Familien wäre zerstört, falls die Gerichte sie verurteilen, Banken, Kanzleien, Firmen stünden am Abgrund.“

Und manche Erkenntnis überlässt der Autor einer ermittelnden Oberstaatsanwältin auf dem Weg zu einem konspirativen Treff: „Anders als Tötungsdelikte oder Drogenkriminalität versteckt Cum-Ex sich nicht in der Dunkelheit, in übel riechenden, heruntergekommenen Speklunken, sondern in der Öffentlichkeit ... hinter den blank geputzten Fassaden von Bankentürmen, zu denen der gemeine Mensch respektvoll aufsieht. Es verbirgt sich hinter famosen Zahlen, die Wohlstand für das Land zu bedeuten scheinen. Hinter beeindruckenden Finanzkonstrukten, deren einzelne Bestandteile legal sind. Und natürlich hinter dem scheinheiligen Lächeln von Familienvätern und den leeren Worten von Ministern und Politikern. Cum-Ex geschieht im Zentrum der Gesellschaft, nicht an deren Rändern. Und zerstört das Zentrum, nicht die Ränder.“

Und in der Rückerinnerung eines der drei Freunde an die Party ihrer Scheinfirma in London: „Die halbe City ist gekommen, Investmentbanker, Juristen, Vertreter altherwürdiger britischer Geldhäuser, Fondsmanager, Unternehmensleiter, Broker und Fixer ...“

Die staatliche Verschleppungsstrategie

Immer wieder geht es um einen Kronzeugen, „von dem Staatsanwälte träumen“.

Aber: „Sobald sein Namen bekannt wird, ist er Freiwild. Die Gegner sind mächtig. Bundesweit halten Mitarbeiter in Ministerien, Finanzbehörden, Lobbyverbänden, Verwaltungen insgeheim die schützende Hand über Cum-Ex-Verdächtige, und das schon lange ...“

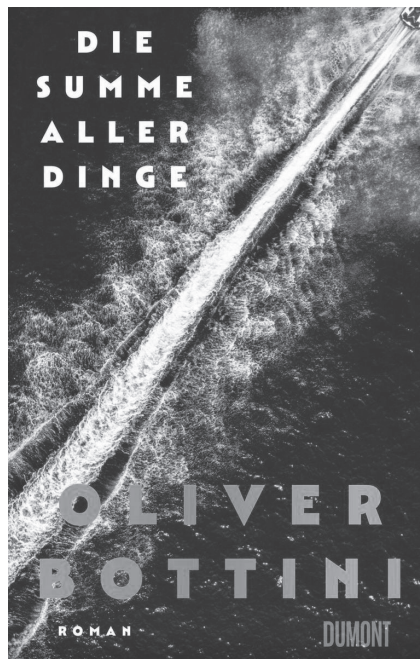
Die Verschleppungsstrategie der Behörden ist enorm und hat viele Gesichter.

Und die Rechtfertigungen für die Nichtverfolgung sind immer die gleichen: „Der Bankenstandort – Hessens internationales Ansehen – Die Wettbewerbsfähigkeit – Die Gefahr von Pleiten.“

All dies ist verpackt in die ungemein spannende Suche nach den Hintermännern der Verfolgung eines Trios, das es – je länger je mehr – für völlig normal ansieht, auch für sich das angenehme Luxusleben zu führen, das im oberen und führenden Segment unserer Gesellschaft für selbstverständlich gehalten wird.

Eine spannendere Aufklärung ist kaum möglich. Und vermutlich im Wissen, dass Aufklärung einen langen Atem benötigt, hat Bottini dem (Kriminal-) Roman ein kluges Motto vorangestellt: „Für alle, die nicht aufgeben“.

(Kursiv: Zitate aus dem Roman)



Oliver Bottini:
Die Summe aller Dinge
Roman

DuMont Buchverlag, 2026
480 Seiten, 28 Euro

Klartext zur Klimakrise

Was hatten die diesjährigen extremen Hitzewellen im Sommer mit Wirtschaftskriminalität zu tun? Der Meteorologe Özden Terli, der seit 2013 das Wetter in den ZDF-Nachrichten moderiert, stellte den Zusammenhang wie folgt her. In einem in der Wochenzeitschrift „der Freitag“ am 20. August 2026 veröffentlichten Gespräch sagte er, dass „fossile Konzerne“ extrem viel Geld in die Verbreitung des Narrativs steckten, dass alles nicht so schlimm sei, dass es schon wieder werde, „wir müssen uns nur ein bisschen anpassen“. „Früher haben sie die Existenz der globalen Erhitzung geleugnet, heute leugnen sie die katastrophalen Folgen. Die Wahrheit bleibt: Im schlimmsten Fall ist ein globaler Ökokollaps möglich, eine totale Zerstörung. Und wir forcieren das seit Jahrzehnten, wider besseres Wissen.“ Es sind also nicht nur die Konzernlenker schuld, sondern auch alle, die sie gewähren lassen, auch die „Endverbraucher“ sind Teil einer destruktiven Wirtschaftsweise, die Profit und „Wachstum“ über alles stellt.

Eigentlich müsste, so Terli, angesichts von Tausenden Hitzetoten dieses Sommers „ein Aufschrei durch die Gesellschaft gehen“. Und dann spricht er – wegen schon lange „entgrenzter Kampagnen“ gegen den zivilen Ungehorsam von Gruppen wie Fridays for Future oder der durchaus wegen ihrer Aktionsformen kritisierbaren Letzten Generation – Klartext: „Es ist skandalös, in welchem Ausmaß junge Menschen angegriffen werden, die sich gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen einsetzen. Klimaschutz ist spätestens nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von März 2021 eine gesetzliche Pflicht, nach einem Urteil des Internationalen Gerichtshofs sogar ein Menschenrecht. Es sind also nicht die Menschen kriminell, die für das Klima auf die Straße gehen – sondern die, die die notwendigen Maßnahmen umsetzen müssten, aber stattdessen den Klimaschutz widerrechtlich verschleppen.“

R.D.

Finanzverbrechen

Mit freundlicher Unterstützung aus der Politik

von Joachim Maiworm

Der fast vier Jahre laufende Strafprozess gegen den ehemaligen Wirecard-CEO Markus Braun und zwei weitere Angeklagte vor dem Landgericht München biegt nun wahrscheinlich in die Zielgerade ein. Bis zum Jahresende könnte endlich ein erstinstanzliches Urteil in dem Strafverfahren wegen Betrugs in Milliardenhöhe und Bilanzfälschung gesprochen werden.

Auch die juristische Aufarbeitung des Cum-Ex-Skandals läuft seit mehreren Jahren bei verschiedenen Staatsanwaltschaften. Die Verfahrenskomplexe sind umfangreich und nur vereinzelt werden Verdächtige wegen schwerer Steuerhinterziehung angeklagt und abgeurteilt. Die Medienberichte zu dem größten Wirtschaftsverbrechen der deutschen Nachkriegsgeschichte fallen deshalb nur noch spärlich aus. Aber auf der öffentlichen Empörungsskala rangiert die Wirtschaftskriminalität seit jeher nicht weit oben – trotz der bisweilen immensen Schadenssummen, die der Staatskasse und damit potentiell dem Gemeinwohl entzogen werden.

Deshalb ist es nur gut, dass der Wirtschaftsexperte, Europaabgeordnete und Co-Vorsitzende des BSW mit seinem ersten Buch vor allem diese großen Finanzskandale erneut aufrollt und sich dem weitgehenden allgemeinen Desinteresse entgegenstellt. Das Buch kommt zur richtigen Zeit, auch weil der Autor eine Ursache des viel zitierten Vertrauensverlustes in die herrschende Politik in der engen Verflechtung von kriminellen Angehörigen der Wirtschaftselite und staatlichen Sphären erkennt – und damit ein Motiv für den Aufstieg rechter Kräfte wie der AfD.

De Masi studierte Volkswirtschaft in Hamburg und verbrachte anschließend ein Auslandsjahr als Stipendiat in Kap-

stadt (Südafrika). Die dort erlebte massive soziale Ungleichheit wurde für ihn zu einer treibenden Kraft, sich zurück in Deutschland „für die gemeinsamen sozialen Interessen einer Mehrheit der Bevölkerung“ (S. 24) zu engagieren. An der politischen Linken kritisiert er, dass ein erheblicher Teil sich eher um Zeitgeist-Themen kümmere als um den „Maschinenraum des Kapitalismus“. Eine für De Masi fatale Entwicklung, denn um die Machtstruktur in der Gesellschaft verändern zu können, sei es wichtig, die Wirtschaftsprozesse in Zeiten der digitalen Plattform-Ökonomie zu verstehen. Letztlich geht es ihm um die Notwendigkeit, wie er in Anlehnung an Chaplins Film „Moderne Zeiten“ schreibt, „dem Wirtschaftssystem in die Speichen zu greifen und die Kontrolle über die ‚Maschine‘ zu übernehmen“, um die Wirtschaft an den Bedürfnissen des überwiegenden Teils der Bevölkerung auszurichten (S. 26). Diese Position steht den Interessen der Konzernkriminalität natürlich diametral entgegen, denn diese agiert zum Teil Hand in Hand mit staatlichen Instanzen, um illegale Extraprofite zu „erwirtschaften“.

Die Medien ernannten De Masi zum „Finanzdetektiv“, als er 2014 für Die Linke ins Europäische Parlament einzog und im Zusammenhang der „Luxemburg Leaks“ wertvolle Aufklärungsarbeit leistete. Damals wurde durch einen Whistleblower bekannt, wie die Beratungsfirma PwC mit Unterstützung des Großherzogtums Luxemburg über 340 internationalen Konzernen dabei half, ihre Steuern auf die in der EU erwirtschafteten Milliarden Gewinne unter ein Prozent zu drücken. Nach diesem biographisch geprägten ersten Einstieg in die Welt der Steuertricks und der Kapital-Verbrechen nimmt De Masi die Leser:innen mit auf eine Reise zu den gro-

ßen Finanzskandalen der letzten zehn, zwölf Jahre, die er als Europabgeordneter und Mitglied des Bundestags hautnah miterlebt hat. Immer als jemand, der versuchte, Licht ins Dunkel der kriminellen Machenschaften zu bringen: Neben den Luxemburg Leaks sind die Panama Papers, Cum-Ex und Wirecard die wesentlichen Stationen. Zwischendurch streut er einzelne „Crash-Kurse“ als erklärende Einführungen in Themen wie Schattenfinanzplätze, Geldwäsche, Steuertricks und Mindeststeuer ein.

Im Mittelpunkt des Buches stehen die Thesen des Insiders De Masi zu den komplexen Cum-Ex und Wirecard. Wer auf der Suche nach den tieferliegenden Ursachen der Wirtschaftskriminalität ist, den eigentlichen Triebkräften der kriminellen Praktiken auf der Spur sein will und die Skandale nicht als Einzelfälle begreift, sondern als Teil eines Systems, wird bei De Masi hilfreiche Argumente finden.

Er erkennt in der Entfesselung der Finanzmärkte einen Nährboden für Finanzskandale und Finanzkriminalität: „Renditedruck und Shareholder-Value zwingen Konzerne zu aggressiven Steuertricks im Dienst der Aktionäre.“ (S. 306) Viele Kriminologen bewerten die Situation bekanntlich ähnlich: Ein ökonomischer Erklärungsansatz zum Verständnis von Wirtschaftskriminalität ist schließlich, dass der Druck zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit eine gänzlich legale Unternehmensführung ausschließt und gegen gesetzliche Vorschriften verstößende Praktiken oftmals unausweichlich erscheinen lässt. Ein entsprechendes erfolgreiches Verhalten „am Markt“ gilt dann als rational und ethisch indifferent. Diese Feststellung lässt sich auch in manchen Fällen auf das Verhalten staatlicher Instanzen übertragen.

Mehrere Beispiele dafür finden sich im vorliegenden Buch:

Wie viele andere Experten fordert auch De Masi mehr Personal in der Finanzverwaltung, da sich Steuerhinterziehung (man denke an Cum-Ex) mit geschultem Personal schneller erkennen und bekämpfen ließe. Die Bundesländer aber würden die Finanzverwaltung „ausbluten“, so dass sie ihre Aufgaben selbst bei gutem Willen nicht erfüllen könnten (S. 80f.). Offenkundig, so lässt sich der Faden weiterspinnen, findet auf Länderebene ein Unterbietungswettbewerb statt, mit dem Ziel, einen Standortvorteil durch möglichst wenige Betriebsprüfungen zu erzielen.

Der Autor schlägt eine Reform des Länderfinanzausgleichs vor, der dazu führt, dass Länder einen Teil der ihnen zufließenden Steuereinnahmen aus Körperschaftssteuern und Kapitalerträgen mit anderen Bundesländern teilen müssen. Das verringere den Anreiz, für ausreichend Kontrollpersonal zu sorgen. De Masi veranschaulicht das Problem anhand des Umgangs des früheren Hamburger Bürgermeisters Olaf Scholz (SPD) mit den zwischen 2008 und 2011 laufenden Cum-Ex-Geschäften der ehemaligen HSH Nordbank (Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein). Auf Druck der EU-Kommission musste Scholz im Jahr 2011 die HSH privatisieren, um staatliche Beihilfen für sie zu erhalten. Die kriminellen Geschäfte zum Nachteil des Staates wurden genau in dem Zeitraum abgewickelt, als die öffentliche Hand die Bank aus der Finanzkrise rettete.

Aufgrund des Drucks, die Bank verkaufen zu müssen, schaute sich Scholz, so De Masi, das illegale Geschäftstreiben nicht so genau an. Der Verkaufspreis wäre gesunken, hätte die Bank die Profite aus den Cum-Ex-Geschäften zurückzahlen müssen, denn dafür wären Rückstellungen nötig gewesen. Im Ergebnis wäre der Verkaufspreis auf dem Finanzmarkt gesunken und damit auch die Einnahmen für die Stadt Hamburg – auch weil ein Teil der Cum-Ex-Rückzahlungen in den Länderfinanzausgleich geflossen und damit auf die Bundesländer aufgeteilt worden wäre (S. 124ff.). In diesem Fall hätte sich die „harte Gangart“ bei der HSH für Hamburg als Verlustgeschäft herausgestellt: Hamburg wäre nur ein Bruchteil der Steuereinnahmen geblieben, hätte aber ei-

nen Großteil der Verluste durch einen niedrigeren Verkaufspreis akzeptieren müssen. „Scholz hatte offenbar wenig Lust, ein solches Verlustgeschäft hinzunehmen, das ihm auch noch durch die Vorgängerregierung der CDU eingebrockt worden war.“ (S. 128)

De Masi stellt süffisant die Frage, ob Scholz vielleicht ein Hamburger Finanzpatriot war, der die Stadtkasse schützen wollte. Aber seine Antwort ist klar: Politiker dürfen das Steuer- und Strafrecht nicht ignorieren. Am Verhalten des sozialdemokratischen Politikers, dessen unrühmliche Rolle im Kontext der Warburg-Affäre in dem Buch ausführlich thematisiert wird, wird deutlich, dass sich die Akteure auf allen politischen Ebenen in Konkurrenzverhältnissen bewegen. Der nationale Staat agiert im internationalen Umfeld als Wettbewerbsstaat, die Bundesländer kämpfen um die beste Position im System des Finanzausgleichs, auf lokaler Ebene wird beim Thema Geldwäsche schon mal weggeschaut, wenn um mögliche Investitionen, auch mit nicht ganz sauberem Geld, geworben wird. Auch für Scholz schien der Umgang mit der Warburg-Bank im Zweifel legitim zu sein, weil er glaubte, im Interesse des Stadtstaats zu handeln.

Ein weiteres Beispiel für die staatliche Kooperation mit Wirtschaftskriminellen stellt der Fall Wirecard dar, den De Masi in einem Podcast als „Kriminalfall seines Lebens“ bezeichnet. Seiner Aussage nach war er der erste deutsche Politiker, der vor dem Geschäftsmodell des Konzerns warnte (S. 185). Für ihn ermöglicht der Skandal einen Blick auf die „geopolitischen Schlacht“, die um die Kontrolle der digitalen Daten- und Finanzströme tobt. Das Versagen von Aufsichtsbehörden und auch der medialen Berichterstattung sei das eine, aber Wirecard stehe auch für einen Geheimdienstskandal, nicht zuletzt geprägt von deutschen Nachrichtendiensten. „Denn“, so die These des Autors, „Wirecard war für Sicherheitsbehörden ein trojanisches Pferd Made in Germany, um in die Zahlungsinfrastruktur rivalisierender Mächte zu gelangen“ (S. 259). Und er gibt zu bedenken, dass die Aktivitäten des untergetauchten Wirecard-Managers Jan Marsalek ein Teil der deutschen Außenwirtschaftspolitik und der Wirtschaftsspionage gewesen sei. Vor diesem Hintergrund fehle bei den deutschen Behörden

weitgehend das Interesse an einer Verhaftung Marsaleks: „Auf den Fluren der Macht in Berlin und München dürfte man froh ein, wenn Marsalek keinen Fuß mehr auf deutschen Boden setzt.“ (S. 291)

So akribisch De Masi als Politiker an der Aufklärung verschiedener Finanzskandale arbeitete, so detailliert beschreibt er zum Teil die Ergebnisse in seinem Buch. Die mühselige Puzzlearbeit, die er als „Finanzdetektiv“ zu leisten hatte, um ein möglichst vollständiges Bild der jeweiligen kriminellen Vorgänge erstellen zu können, schlägt sich in einer Vielzahl von konkreten Vorschlägen nieder, mit denen der Wirtschaftskriminalität begegnet werden könnte: gegen die Steuertricks der Multis; gegen Geldwäsche; gegen Cum-Ex und Cum-Cum-Geschäfte; gegen Bilanz- und Börsenskandale.

De Masi unterstreicht mehrfach seine Beobachtung, die auch in Kreisen des Vereins Business Crime Control geteilt wird, dass die politische Linke insgesamt das Problem der Wirtschafts- und Finanzkriminalität zu sehr vernachlässigt. Das vorliegende Buch des erfahrenen Rechercheurs bietet genügend argumentatives Rüstzeug, um diesen Zustand zu ändern.



Fabio de Masi:
Geld. Macht. Verbrechen.
Von Finanzskandalen, Wirtschafts-
kriminellen und Geheimagenten
Rowohlt, Hamburg 2026
336 Seiten, 24 Euro

Opioide für das Volk

Wie eine Familiendynastie die Tabletten sucht befördert

von Lothar Wolfstetter

Einführung

Millionen und Abermillionen nahmen seit den 1960er Jahren bei unklaren Ursachen Schmerzmittel mit starken Nebenwirkungen ein, und seit den 1990er Jahren waren dies Opioide, vor allem vom Purdue-Konzern. Die Opioid-Patienten wurden süchtig, stiegen dann meist auf Heroin um. Allein in den USA starben mehr als 200.000 Menschen zwischen 1990 und 2016 daran. Der Wegbereiter dafür war die Familiendynastie der Sacklers, der der Purdue-Konzern und eine große Pharma-Werbeagentur gehören. Sie schafften es auf Teufel komm raus und auf allerlei krummen Wegen, dass ihre Tabletten MS-Contin und OxyContin milliardenfach eingenommen wurden. Dies wird in dem hier besprochenen Buch konkret und spannend wie in einem Krimi beschrieben.

Die Sacklers versteckten ihre persönliche Verursachung dieses Desasters, an dem sie ca. 35 Milliarden US-Dollar

verdienten, indem sie sich gleichzeitig als Mäzene für Wissenschaft, Kultur und Kunst betätigten. Sie ließen sich dafür feiern und wurden jahrzehntelang nicht für die Purdue- und Werbemachenschaften belangt. Als die Sache um 2007 doch schließlich aufflog, kam der Purdue-Konzern mit einer Geldstrafe von 600 Millionen USD davon und drei Manager bekamen eine dreijährige Haftstrafe auf Bewährung, während keiner der Sacklers angeklagt wurde. Und danach machte der Konzern weiter und weitete das Geschäft auf die ganze Welt aus.

Die Opioid-Krise

Auch Prince starb an einer Überdosis wie auch viele US-Soldaten, die im Irak-Krieg gewesen waren, und viele Bergarbeiter in den Appalachen, die ihre Schmerzen während der schweren Arbeit damit dämpfen wollten. 2008 befanden sich die USA in einem Opioid-Notstand. Die Opioid-Sucht hatte sich seuchenartig aufs ganze

Land ausgebreitet. OxyContin war nun zwölf Jahre auf dem Markt. Doch statt das Mittel nun vom Markt zu nehmen, lancierte Purdue eine Variante. Die Tabletten waren nun orangerot. Auch in dieser Form blieb OxyContin das meistverkaufte Schmerzmittel der USA und Purdue machte weiterhin einen Jahresumsatz von drei Milliarden USD. Doch es gab für viele Süchtige „einen Ersatz, der billiger und stärker war: Heroin“ (S. 395). Es wurde von den Drogenkartellen in die USA eingeschmuggelt und zum Verkauf gebracht. Nach einer Studie gingen vier von fünf US-Amerikanern, die mit OxyContin begonnen hatten, dann zu Heroin über (S. 398).

Die Sacklers hatten ihre Gewinne schon lange im Steuerparadies Bermuda versteckt und so „viele Hundert Millionen an Steuergeldern“ gespart (S. 413). Als die Umsätze für OxyContin in den USA stagnierten, gründeten sie einen zweiten Konzern, Mundipharma House, mit dem sie den Weltmarkt erobern wollten. Dies gelang ihnen weitgehend bei den Mittelschichten in der Dritten Welt, da diese das Geld dafür aufbringen konnten. 2015 kam es zu einer neuen Anklage gegen Purdue und nun auch gegen die Sacklers in einem Bergarbeiter-Landkreis von Kentucky. „In der Eingabe (an das Gericht, L.W.) war zu lesen, dass 20% der Bevölkerung dieses Landkreises aussagten, dass sie oder Mitglieder ihrer Familie jemanden kannten, der oder die durch die Einnahme von OxyContin zu Tode gekommen war.“ (S. 419)

2016 erschien in der Los Angeles Times eine große Story zu OxyContin. Darin wurde festgestellt, dass in den Jahren seit Einführung „mehr als 7 Mio. Amerikaner OxyContin missbräuchlich eingenommen hatten“ (S. 429). Missbräuchlich heißt: ohne eine begründete ärztliche Verschreibung.

Dies führt zu einem weiteren zentralen Punkt: Dem Vorgehen der Sacklers, um den Markt mit Purdue gänzlich zu durchdringen. Sie schufen ein riesiges Netz von Vertretern, die Ärzte besuchten, umwarben und ihnen manipulierte Informationen übergaben. Sie sollten die Ärzte dafür gewinnen, dass sie OxyContin schon bei unklaren Schmerzen verordnen. Sie rekrutierten bald Ärzte, die nichts anderes taten, als OxyContin zu verschrei-



Foto: pta-in-love.de

ben. Denn damit ließ sich extrem viel Geld verdienen. Viele Arztpraxen und Schmerzkliniken wurden zu Pill Mills, die millionenfach OxyContin-Tabletten vertrieben. In dieses System hinein verbreiteten die Sacklers mit Purdue, dass nicht OxyContin süchtig mache. Vielmehr werde nur der süchtig, der schon vorher suchtgefährdet gewesen sei. Da aber alle OxyContin-Patienten, die nicht rechtzeitig auf Entzug schalteten, süchtig wurden, war das eine reine Schutzbehauptung, die aber von Purdue über Jahrzehnte hinweg verbreitet wurde. Sie finanzierten dabei auch viele medizinische Kongresse und Anzeigen in medizinischen Zeitschriften, die solche und andere Behauptungen vertraten. Einer Studie von Associated Press zufolge gaben Purdue und andere Produzenten zwischen 2006 und 2015 über 700 Millionen USD für Lobbyarbeit in Washington und den 50 Bundesstaaten aus. Und sie hatten damit viel Erfolg.

Die Intervention von Nan Goldin und PAIN

2016 wurde die um 1955 geborene Nan Goldin zur Vorkämpferin der Anti-Opioid-Bewegung. Sie war in dieser Zeit eine bekannte Fotografin der AIDS-Szene. Nan Goldin hatte die AIDS-Krise in ihrem nahen Umfeld erlebt. Sie hatte viele Fotos mit ihren Freundinnen und Freunden aus der Szene gemacht. Viele von ihnen starben in den 1980er Jahren. Nan Goldin hatte seit 1970 Heroin genommen und machte 1988 einen Entzug. Doch 2014 nahm sie wegen einer Sehnenentzündung an der Hand OxyContin, wurde schnell süchtig und nahm dann auch wieder Heroin und sogar Fentanyl.

Doch 2017 raffte sie sich zu einem neuen Entzug auf. Sie las dann einen Artikel im New Yorker, den Radden Keefe geschrieben hatte, über Purdue und die Sacklers (S. 447). Sie war empört über die Sacklers. Zusammen mit 100 Mitstreitern machte sie ein Happening im „Tempel von Oxy“, dem SacklerMuseum als Teil des Metropolitan Museum of Modern Art. Sie drangen schwarz gekleidet zu Hundert in eine Ausstellung dort ein, entfalten Transparente, so eins mit der Aufschrift „Sacklers schämt Euch“. Sie riefen: „Die Sacklers erben, Tausende sterben.“ Dann ließen sie sich wie leblos zu Boden sinken, um die Opfer von

OxyContin zu symbolisieren. Danach erhoben sie sich, zogen nach draußen ab (S. 451-458). Die Gruppe hatte sich den Namen PAIN gegeben. Das stand für: „Prescription Addiction Intervention Now“. Es bildete sich daraus ein Bündnis, das noch viele weitere Aktionen machte. Die Bedeutung seines Namens ist: Auf die Präskription (Vorschrift) der Sacklers, OxyContin einzunehmen, folgt die Opioid-Sucht, lasst uns dagegen intervenieren.

Die Genese der Sackler-Dynastie, von Purdue und der Werbeagentur McAdams

Die Verurteilung von Purdue führte zu Differenzen in der Sackler-Familiendynastie. Nach dem Tod des Gründers, Arthur Sackler, im Jahr 1987 kam es dann zu langjährigen Erbstreitigkeiten. Da seine beiden Brüder Mortimer und Raymond ihn vorher bei Purdue an den Rand gedrängt hatten, konnten sie im Erbstreit die Nachkommen von Arthur durch Abfindung ganz bei Purdue aussteuern. Die Nachkommen von Arthur behaupteten nach der Verurteilung, dass sie und Arthur nichts mit den Machenschaften von Purdue zu tun gehabt hätten. Das war aber in Bezug auf Arthur unrichtig.

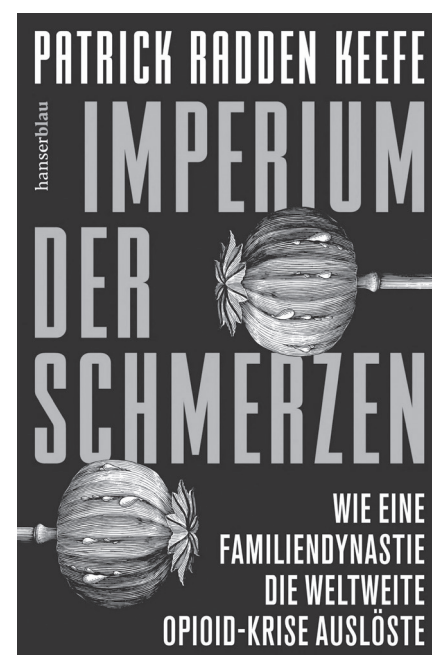
Schluss

Radden Keefe schildert nicht nur detailliert die extremen Verkaufspraktiken von Purdue und die Opioid-Krise, die sich daraus ergab, sondern auch die Genese der Familiendynastie und die Anfänge des Sackler-Imperiums. Ihm ging es darum, die Sacklers als Wegbereiter der Opioid-Produktion und der Opioid-Krise zu entlarven. Vor ihm hatte schon Barry Meier ab 2001 in der New York Times Artikel zu Purdue gebracht und das viel beachtete Buch: „Pain Killer“ (New York 2003) geschrieben (S. 279-283). Doch aufgrund einer Intervention von Purdue beim Vorsitzenden der Redaktion konnte er dann keine weiteren Artikel in der New York Times veröffentlichen.

Nach der Verurteilung von Purdue setzte Radden Keefe seine Arbeit mit seiner anderen Akzentsetzung bei der New York Times fort. Sein Buch beruht auf 200 Interviews mit Personen, die für Purdue gearbeitet haben, auf der Auswertung der riesigen Menge an Gerichtsakten und von Akten, die ihm

von Betroffenen zur Verfügung gestellt worden waren und auf eigenen Recherchen. Die dritte Generation der Sackler-Dynastie zog sich weitgehend von der unternehmerischen Tätigkeit zurück. Ihr ging es darum, möglichst viele Gewinne von Purdue und den anderen Firmen des Imperiums abzuschöpfen. Für die neun lebenden Familienmitglieder wurden zuletzt jährlich 720 Millionen USD ausgeschüttet, die größtenteils in ihren Luxuskonsum und die Ausstattung ihrer privaten Residenzen flossen.

Lothar Wolfstetter ist Autor und betreibt den Materialis Verlag (www.materialis.org)



Patrick Radden Keefe:

**Imperium der Schmerzen.
Wie eine Familiendynastie die weltweite Opioid-Krise auslöste**

Carl Hanser Verlag, München 2025
480 Seiten, 18 Euro
ISBN 978-3-446-28409-8

Impressum:

Herausgeber: Vorstand von
Business Crime Control e.V.

Redaktion:

Gerd Bedszent, Reiner Diederich,
Victoria Knopp, Joachim Maiworm

Redaktionskontakt:

big-redaktion@businesscrime.de

BIG Business Crime online:
www.businesscrime.de

Layout: Fabio Biasio